

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Letzterzeile 20 Bsp.
Hauptstadt: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 279.

Donnerstag, den 28. November 1918.

75. Jahrgang.

Bange Treue.

Ein Berliner Mitarbeiter schreibt uns:
In dem denkwürdigen Kongressaal, in dem Bismarcks Geist eine ganze widerstrebende Welt zur Verständigung zwang, sahen sie beisammen die neuen Vertreter der deutschen Regierung, die Kinder der Revolution, um Bilanz aufzunehmen von den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen des Umsturzes aller Dinge. Was sie zu hören bekamen klang tröstlich über alle Mägen. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten auf allen Gebieten, im Innern und nach außen, und alle Köpfe, alle Arme wollten nicht ausreichen, um auch nur das dringendste in Ordnung zu halten oder weiterem Verfall vorzubeugen. Wird nun bei dieser Lage der Dinge die Liebe zum Ganzen, groß genug sein, um nicht selbstmörderische Regungen der Einzelteile aufkommen zu lassen? Wenn es sich wirklich nur darum handelte, daß dieser oder jener kleine Bundesstaat in einen Nachbarn aufginge, sich mit ihm zu einer Einheit verschmölze und danach mit unverminderter Reichstreue zum Ganzen zurückkehrte — dagegen wäre natürlich gar nichts weiter einzuwenden. Aber einmal liegen im Süden offenbar ganz andere Absichten vor. Die Losung „Los von Berlin!“ wird dort schon recht deutlich ausgegeben, und namentlich scheint der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern, Herr Kurt Eisner, es sich in den Kopf gesetzt zu haben, mit den Berlinern nicht viel Federlesens zu machen. Das mindeste, was er will, ist die Beseitigung Breuchens als führenden Bundesstaates im Reich. Deshalb hat er sich, kaum daß seine Republik in München ausgerichtet war, sofort mit einer Rundreise an die feindlichen Regierungen gewandt; deshalb liebäugelt er mit den Deutschen Österreichern mehr, als die gute Sache es zu rechtfertigen scheint. Dieser Mann weiß wohl, was er will; aber daß seine Absichten zur Wiederaufrichtung des Reiches beitragen könnten, das will uns sehr zweifelhaft erscheinen. Noch schlimmer vielleicht sind die Absichtungen, denen Breuchen an sich angelegt erscheint. Nicht nur daß seine Ostprovinzen unmittelbar bedroht sind. Auch im Westen steht es übel genug aus. Das Saargebiet mit seinen reichen Kohlenlagern haben sich die Franzosen entgegen dem Waffenstillstandsvertrage allseitig angeeignet, sie fragen eben nach nichts und nach niemand mehr, sondern tun, was ihnen beliebt. Aber die ganze schöne Rheinprovinz geht einer höchst ungewissen Zukunft entgegen, und schon ist der Gedanke aufgetaucht, ob man nicht am besten tut, sein Schicksal von Breuchen zu trennen, sich als Republik aufzumachen und entweder allein oder unter Anführung an die Süddeutschen eine westliche Orientierung zu nehmen. — Wer weiß, wozu das alles gut sein könnte? Und auch im Norden, an der Wasserfront, sind neue Staatsbildungen aufgetaucht, die einfach von preussischem Land und Gut sich angliedern, was ihnen nützlich erscheint, ohne deswegen in Berlin auch nur ein Wort zu verlieren. Und mit Nord-Schleswig, das schon ganz ungeniert mit der dänischen Regierung in Verbindung getreten ist, schließt sich der Ring. Kann es, wenn alle diese Pläne verwirklicht werden, dann noch schwerer fallen, das Übergewicht des Reiches — wenn wir überhaupt noch ein Reich behalten oder wiederbekommen — von Berlin jagen wir einmal nach München oder, wenn Bayern sich überhaupt anders entscheidet, nach Frankfurt am Main zu verlegen? Und wo soll überhaupt die Macht herkommen, die es verhindern könnte, wenn Herr Eisner, wie er es einem englischen Berichterstatter gegenüber ankündigte, aus Breuchen drei Einzelrepubliken zurechtzuschneiden ließe? Und kann man den Regierungsvorstand der Einzelstaaten, die jetzt in Berlin versammelt waren, überhaupt den guten Willen zutrauen, sich zu beschließen, damit das Ganze, das Reich, das teure Erbe unserer Väter nicht völlig in die Brüche geht? Kann man es angesichts der Tatsache, daß z. B. das lipplische Land, wohl das kleinste Teilgebiet, das wir in Deutschland haben, nicht weniger als drei Vertreter zu dieser Reichskonferenz entsandt hätte? Wer will, wer kann sich die Kraft zutrauen, wieder zusammenzuleimen, was der Novembersturm aus den Fugen gebracht hat?

Zum dritten Male also: was wird aus unserem Reich, und was wird aus dem deutschen Volke?

Zur Reichseinheit und Nationalversammlung.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz.

Berlin, 26. November.

Spät abends wurden gestern die Beratungen der Reichskonferenz im Reichstagsaal beendet. Auf Vorschlag des Volksbeauftragten Ebert wurden zum Schluß folgende Beschlüsse als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
 2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
 3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Reichsorgane die Repräsentanten des Volkswillens.
 4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunige Verwirklichung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.
- Die Nachmittagsitzung verlief im Gegensatz zur Versammlung, in der die Geister stark auseinander gestoben waren, in ruhigeren Rahmen. Die Vorträge und Ausführungen verschiedener Redner in der wirtschaftlichen Aussprache machten erheblichen Eindruck. Der Staatssekretär des Ernährungsamts Schiffer leitete die Schluß-

reden der Ernährungsamts, Staatssekretär Schiffer vom Reichsamt hob die Wichtigkeit gesteigerter staatsrechtlicher Verbindlichkeiten für die Finanzwirtschaft hervor. Staatssekretär Dr. August Müller vom Reichswirtschaftsamt warnte dringend vor jedem Eingriff in unser Kreditwesen, da unbedingt finanzieller Zusammenbruch folgen werde.

Kein Eingriff in Finanz- und Kreditwesen.

Die Ausführungen dieses Redners überzeugten die Versammlung von der Notwendigkeit, alle etwa aufkeimenden gefährlichen Meinungen in dieser Richtung zurückzudrängen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volkswirtschaft im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und auch in den bisherigen Formen unbedingt erforderlich. In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die deutsche Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditinstitute zu unterbleiben hat. Dieser Beschluß kommt zur rechten Zeit, denn seit dem ersten Tage der Umwälzung kursierten gerade in dieser Beziehung die hartnäckigsten und tatsächlich beunruhigendsten Gerüchte, denen nun der Boden abgegraben ist.

Aus den Verhandlungen.

Stenisch schart sich aus der Fülle der Diskussionsreden auf der Konferenz die Version des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner hervor. Sein Angriff auf die Männer aus früheren Zeiten, auf Solff, Erberger usw. wurde von Wolfgang Heine zurückgewiesen. Der betonte, die Intente sei gegen das deutsche Volk, nicht gegen einen einzelnen Unterhändler. Eisner erklärte, Clemenceau hat erst neulich erklärt, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gälten nicht dem deutschen Volk, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen, ihm müßten all die kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volksverrats angeklagt werden sollten. Solff, Erberger und ihre Gesellen seien für alle Zeiten erledigt. Im übrigen ist der bayerische Ministerpräsident für eine demokratische und soziale Politik der Räteregierung. Außerdem schlägt er die Einführung eines

provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrats.

vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur auf Grund dieser seiner Vorschläge könnten die Wahlrechtsbestrebungen unterdrückt werden, die er bekämpfe, die aber in Bayern härter als in anderen Staaten seien. Staatssekretär Erberger führte in seiner Erwiderung auf die Angriffe Eisners aus, es müsse diesem bekannt sein, daß er, Erberger, so lange wie möglich für den Frieden gewirkt. Die Behauptung, jede für den Frieden hinderliche Persönlichkeit müsse beseitigt werden, wisse er selbst aus eigener Erfahrung. Der sich auf Clemenceau berufe und nicht wisse, daß dessen Freundschaft Herrn Eisner nicht als Sozialist, sondern Herr Eisner als Förderer der deutschen Einheit gelte. Mit politischen Rivalitäten macht man keinen Weltfrieden.

Der Vertreter Gothas Gellner findet die Verteilung seines Einkommens, das Erbergers Einnahmen und seines Einkommens. Er sieht das Programm in der Frage: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus? Wir müssen für Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindliche Beziehung ausgeben. Und steht das Volk über dem sogenannten Vaterland und dem Volk kann nur der Sozialismus helfen. Dipski-Sachlen legt scharfe Verwahrung ein gegen die Juridikalisierung der Sozialisierung, ebenso gegen eine etwa geplante Einschränkung der Befugnisse der RSR. Die Nationalversammlung könne ruhig noch verlagert werden, bis die Vorbedingungen für sie geschaffen seien.

Beigeordneter im Auswärtigen Amt Rautskö unterläßt Eisners Forderung einer Regierung, die vom Mehrheitswillen getragen sei und keine kompromittierten Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen. Er bedauert, daß die noch nicht festgenommen seien, die durch die eben veröffentlichten

bayerischen Berichte

so schwer kompromittiert seien. Das würde, dem Frieden wahrhaft dienen. Ulrich-Dessen sagt, das Reich muß bleiben, aber die Berliner Diktatur muß fallen. Man wolle nicht los von Berlin, verlange aber gemeinsames Arbeiten. Der Volksbeauftragte Barth erklärte die Nationalversammlung für notwendig, ebenso viele andere Vertreter. Eisner warnt vor der Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung.

Scheidemann spricht entschieden für die Nationalversammlung und tritt ferner der Ansicht Eisners bei, daß man im Augenblick der Zerrüttung nicht sozialisieren könne, wendet sich gegen ein Klassenparlament, wie es die Arbeiter- und Soldatenräte auf die Dauer wären, und nennt die technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Zwangsfäden.

Statt Wählerlisten könnten einfache Legitimationen für jeden Wähler dienen. Wir brauchen keine Wählerlisten, nur Legitimationen für jeden Wähler, die nach der Wahl abgestempelt würden, und für jede Partei eine Wählerliste für ganze Reich. Gradnauer (Sachsen) schließt sich ihm an und nennt die Nationalversammlung eine Schicksalsfrage. Volksbeauftragter Daaß hält die Schwierigkeiten der Wahl doch für größer und bittet, die einzelnen Nationalversammlungen in den Bundesstaaten zurückzustellen. Staatssekretär Schiffer entwickelt in der nun folgenden wirtschaftlichen Besprechung ein Finanzprogramm der Zukunft.

In dem schärfste Bekämpfung der Steuern, Großkriegsgewinnsteuer, Vervielfachung des Mehrerwerbs und Vermögensabgaben enthalten sind. Nachdem die oben mitgeteilten Beschlüsse gefaßt sind, spricht Ebert das Schlußwort. In dem er sagt: Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit. Sozialismus ist Arbeit! Er appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterkraft der Welt zeige, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machen es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen.

Die kommende Wahl.

Die Entscheidung für die baldmögliche Einberufung der konstituierenden Versammlung erfolgte fast einstimmig, nur der Delegierte von Gotha stimmte gegen die sofortige Einberufung; der Delegierte von Braunschweig überhaupt gegen die Nationalversammlung. Eisner knüpfte an seine Zustimmung das Verlangen auf Beachtung seiner Vorschläge.

Der Volksbeauftragte Ebert verteidigte noch die beiden angegriffenen Staatssekretäre Solff und Erberger. Dr. Solff sei als einziger Staatssekretär vom Kriegsbeginn an für einen Verständigungsfrieden gewesen. Und ohne die Tag und Nacht während der Arbeit des Staatssekretärs Erberger hätte die Waffenstillstandskommission ihre Befehle nicht durchführen können.

Aus den Ausführungen des Volksbeauftragten Haase sind noch zu erwähnen seine Bemerkungen über die Rede des Vorsitzenden des Volksrates Richard Müller im Birkus Buich. Wenn Müller erklärt habe: „Nur über seine Leiche gebe der Weg zur Nationalversammlung“, so habe er damit nur vor einer Überstürzung warnen wollen.

Bereits Dienstag vormittag beschäftigte sich ein Kabinettsrat der Volksbeauftragten mit dem Reichswahlgesetz, ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, doch soll der erste, von Scheidemann stammende Entwurf abgelehnt worden sein.

Einspruch gegen Eisners Enthüllungen.

Protest des Auswärtigen Amtes.

Die von der Münchener Regierung nach der Ankündigung ihres Präsidenten Kurt Eisner erfolgten Veröffentlichungen über die Enthüllung des Krieges haben einen Protest des Auswärtigen Amtes in Berlin veranlaßt. Er lautet:

„Das Auswärtige Amt hat gegen die Veröffentlichung der Münchener Regierung über die Vorgeschichte des Krieges protestiert. Sie muß nach Ansicht des Auswärtigen Amtes gerade jetzt wie ein schwerer Schlag für unsere politische Arbeit wirken. Unseren Taten und Verhandlungsgewinnen gibt sie eine Waffe in die Hand, die diese zu benutzen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, daß der jetzige Vertreter Bayerns in Bern seiner Regierung auf Veranlassung eines Mittelmannes Clemenceaus angetragen hat, Mitteilungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Bekenntnis Deutschlands zur Schuld am Kriege dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. Nach unserer Auffassung unterliegt es keinem Zweifel, daß es Herrn Clemenceau nur darauf angekommen ist, uns ins Unrecht zu setzen. In den schweren Irrtum, daß Clemenceau ein Mann wäre, der sich zur Milde stimmen ließe, wenn die Schuld am Kriege von Deutschland auf sich genommen würde, können nur Leute verfallen, die sich von dem Charakter des französischen Ministerpräsidenten ein falsches Bild machen. Die Äußerungen des Auswärtigen Amtes werden auf Anordnung des Staatssekretärs Dr. Solff vom Unterstaatssekretär Dr. David hinsichtlich der dem Kriegsausbruch vorausgegangenen diplomatischen Aktionen geprüft werden.“

Die Münchener Korrespondenz Hoffmann meldet: Im Ministerrat des Volksstaates Bayern lag folgende mündliche Erklärung der Herren Staatsminister v. Heilmann, v. Breuning und v. Knilling vor. „Wir erklären hiermit, daß wir von dem gestern durch die Presse bekanntgegebenen Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin und den darin behandelten Tatsachen bisher weder amtlich noch privat die geringste Kenntnis erhielten oder hatten.“ Dieser Erklärung der drei Herren hatte sich auch der frühere Verkehrsminister v. Seideln angeschlossen. Der Ministerrat hat von sich aus beschlossen, diese Erklärung zu veröffentlichen.

Der Stand unseres Rückmarsches.

Französische Übergriffe.

Die Hauptmassen des Westheeres überschreiten in vollem Fluß den Rhein. Um jede Störung zu vermeiden, und Verfallsbrücken geschlagen worden, so unterhalb Düsseldorf, eine andere bei Bonn, eine weitere bei Ehrenbreitstein und eine bei Coblenz über die Pfalz, demselben Weg, den Wälder in der Neujahrsnacht 1814 in anderer Richtung gemacht hat.

Juden und Afrikaner in der Pfalz.

Die Franzosen sind allen Abmachungen entgegen in die südliche Pfalz eingerückt. In die Westpfalz marschierten indische und afrikanische Truppen englischer und französischer Nationalität ein. Gegen dies vorseitige Eindringen in die Pfalz ist von der Waffenstillstandskommission Verwahrung eingelegt worden. Auch eine weitere Eigenmächtigkeit Frankreichs fordert unseren Protest heraus:

Esna, 28. Nov. Die Waffenstillstandskommission hat energischen Einspruch gegen die von Frankreich angeordnete völlige Abschließung Elsas-Lothringens gegen das übrige Deutschland erhoben, die zu den größten Unzulänglichkeiten führt.

Deutscherseits wird u. a. gefordert: Die sofortige Wiederherstellung des Verkehrs- und Güterverkehrs auf der Eisenbahn, des Postbetriebes einschließlich Telegraph und Fernsprecher, des gegenseitigen gegenseitigen Bankverkehrs usw. Namentlich die Sperrung des Bankverkehrs hat schon zu großen Störungen bei der Lohnzahlung in Elsas-Lothringen geführt.

Die Besetzung der Brückenköpfe.

Aber die Besetzung des Rheingebietes und der Brückenköpfe hat sich die Entente folgendermaßen geeinigt: Aden und seinen Brückenkopf werden Amerikaner besetzen, Koblenz und den Brückenkopf werden die Engländer erhalten und Mainz wird von den Franzosen besetzt. Die Italiener werden wahrscheinlich in der Pfalz, obde aber im westlichen Rheinland in der Eifel untergebracht werden. In der neutralen Zone dürfen nur Polizeitruppen bleiben, über deren Höhe sich die Entente die Entscheidung vorbehalten hat. Alle anderen Truppen und Soldaten müssen aus der neutralen Zone zurückgezogen werden.

Internierung der Armee Madensien?

Nach Meldungen aus Ungarn verlangt der französische General Franchet d'Esperey die Entwarnung und Internierung der Armee Madensien, weil die Frist vom 19. November, die für Ungarn festgesetzt war, überschritten sei. Feldmarschall Madensien hält aber an dem Standpunkt fest, daß auch für seine Truppen der Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente maßgebend sei. Die schwierige Lage der ungarischen Regierung besteht darin, daß sie einerseits dem französischen Druck ausgesetzt ist, andererseits das Kohlenabkommen mit Deutschland gefährdet steht, das eine Lebensfrage für Ungarn ist. Man nimmt an, daß es sich um einen Schachzug Frankreichs handelt, der in einer Weigerung Madensiens einen Vorwand für die Erneuerung des Krieges mit Deutschland erblickt. Einstweilen ist die Forderung des französischen Marschalls nach Berlin weitergegeben worden.

Verschiedene Meldungen.

Landenberg a. d. W., 23. Nov. Zum Schutze gegen die Treibereien der Polen, die aus der Provinz Posen drohen, ist nach der Stadt Drielen an der Ostbahn Artillerie gelegt worden.

Münster, 23. Nov. Hier sind die ersten bayerischen Truppen eingetroffen.

Paris, 23. Nov. In der französischen Kammer steht die Regierung mit Hilfe von 257 gegen 140 Stimmen die Verwerfung der sofortigen Abrüstung aller Territorialklassen durch. Die Verwendung von Truppen in Ausland wurde nicht nur von den Sozialisten scharf getadelt.

Paris, 23. Nov. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einer Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Dezember hinaus.

London, 23. Nov. Hier gibt man die Zahl der versenkten englischen Schiffe während des deutschen Unterseebootkrieges auf durchschnittlich pro Monat 120 000 Tonnen an. Die englischen Seeestreitkräfte versenkten oder zerstörten 56 deutsche Unterseeboote im gleichen Zeitabschnitt.

Sébastopol, 23. Nov. Hier ist ein englisches Torpedoboot eingetroffen, dem die englische Flotte folgte. Kiew, Odessa und Charkow werden von der Entente besetzt.

Kiew, 23. Nov. Die Entente hat den deutschen Geschäftsträger in Kiew wissen lassen, daß sie die Aufrechterhaltung der durch den Hetman geschaffenen Staatsordnung wünsche und die deutschen Truppen für verpflichtet erachte, die Ordnung und Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten.

Kiew, 23. Nov. In der ganzen Ukraine herrscht Ruhe, so daß man wegen der dortigen deutschen Truppen unbesorgt sein darf.

Washington, 23. Nov. Baker veröffentlicht eine Bekanntmachung, derzufolge das Kriegsministerium beabsichtige, die amerikanische Expeditionsmacht bis auf die Hälfte zu vermindern, so daß noch 30 Divisionen verbleiben werden.

Zeit- und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Der umstrittene Staatssekretär Dr. Solf.

Nach dem Verlauf der Besprechungen der Vertreter der einzelnen Bundesstaaten, die Montag ihren Abschluß fanden, rechnet die Freiheit, daß Dr. Solf der Unabhängigen, damit, daß der Staatssekretär Solf, dessen Haltung die schärfste Kritik der Versammelten herausforderte, in der allerhöchsten Zeit seinen Abschied einreichen wird. Dagegen hört man aus dem Auswärtigen Amt, die Behauptung, Dr. Solf trage sich mit Rückzugsgeboten, treffe nicht zu. Die Meinungsgegenstände seien nicht so tief gewesen, um einen solchen Schritt zu veranlassen.

Wo soll die Nationalversammlung tagen?

Von der bayerischen Regierung, deren Anschauungen in letzter Zeit so stark in den Vordergrund traten, wird der Germania zufolge darauf hingearbeitet, daß die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammentritt, sondern in einer Stadt in der Provinz, wo noch Ruhe und Ordnung herrscht.

Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

48. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Lieber Freund, wie wir zusammen stehen, kann ich dir nur ehrlich auf solche eine Frage antworten. Mit einer Frage kann ich dich nicht abfinden. Aber antworte ich dir ehrlich, dann müßte ich dich beunruhigen, und das will ich nicht.“

Jedes ihrer Worte war klar und bedacht.

Er richtete sich straff entpor.

Wenn ich beruhigt werden könnte, Gerlinde, dann müßte es schon deine Worte tun. Jetzt mußt du mir ehrlich und rückhaltlos antworten! Zweifelst du, daß ich mit Josta glücklich werde?“

Eine Weile zögerte sie wie im Kampf mit sich selbst. Und doch brannte sie darauf, ihn unruhig zu machen und an der Scheidewand zwischen ihm und Josta zu bauen. Stein um Stein wollte sie achsam und geduldig aufbauen, bis die Mauer so hoch war, daß die beiden Menschen sich darüber nicht einmal die Hände mehr reichen konnten. Ihr Jögern galt nur noch dem Bedenken, wie sie am besten ihre Worte wählen konnte, um ihren Zweck zu erreichen.

Schweigend legte sie endlich die Hände zusammen. Dann sagte sie halblaut:

„Lieber Vetter, eigentlich ist es unecht so. — und so sollst du sie haben. Ich habe mir in diesen Tagen selbst ein Urteil gebildet über dich und Josta und über euer Verhältnis zueinander. Du liebst Josta, das weiß ich nun. Eine alte Reue ist in dir erwacht. Ich möchte fast sagen — leider. Wäre diese Reue noch nicht erwacht, dann wärest du imstande mit ruhigen Gefühlen neben deiner jungen Gattin dahin zu leben und mit dem Zufrieden zu sein, was sie dir bietet. Aber da du sie liebst, wirst du Liebe fordern — und Josta liebt dich nicht. Sie steht in den guten alten Dingen und wird ihn immer in die sehen. Ihre Jugend kann sich nicht mit diesen Gefühlen zu dir finden — — wird es nie tun.“

Und dabei wurden Weimar und Bamberg genannt. Von anderer Seite wird lebhaft Stimmung für Frankfurt a. M. gemacht, wobei die Erinnerungen an die „Deutsche Nationalversammlung“ von 1848 in der Paulskirche nicht ohne Einfluß sind.

Vier oder zehn deutsche Republiken.

Die Londoner „Daily News“ berichten über eine Unterredung, die der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner einem ihrer Mitarbeiter vor seiner Abreise nach Berlin zur Reichskonferenz gewährte. Eisner erklärte, er sei persönlich ein Vertreter der Ansicht, daß vier deutsche Republiken gegründet werden müssen. Der Süden muß ein Gegengewicht gegen Berlin und den Norden bilden. Die Bildung von vier deutschen Republiken mit gleichen Rechten würde das Gleichgewicht wiederherstellen. Es würden auf der einen Seite stehen: die Republiken Bayern, Deutsch-Österreich und die vereinigten Staaten von Baden, Württemberg und Hessen auf der anderen Seite. Eisner soll in der gleichen oder einer ähnlichen Unterredung auch von drei preussischen Einzelrepubliken und von insgesamt zehn deutschen Republiken gesprochen haben.

Bethmann Hollweg will sich rechtfertigen.

Nach einer Mitteilung der Kreuzzeitung beabsichtigt der frühere Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg eine Rechtfertigung seiner Politik zu schreiben. Nach dem genannten Blatte waren Bethmann Hollweg und der frühere Staatssekretär v. Jagow am 2. November d. J. im Reichskanzlerhaus und beschäftigten sich mit der Sichtung des Materials.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Amsterdam, 23. November.

„Daily News“ melden, die Entente bereite die Lebensmittelversorgung Deutschlands vor. Die Einzelheiten seien einer besonderen Kommission in Paris übertragen. An die Versorgung seien aber Bedingungen geknüpft. Die Verteilung soll nach Bezirken erfolgen, und zwar nach dem jeweiligen Bedarf der verschiedenen Gebiete. Die Entente sei genau unterrichtet über die Lage der Dinge und könne beurteilen, was am dringendsten in Betracht komme. Zuerst werde man Getreide senden, dann Fleisch und Fett, aber in geringerer Quantität als Getreide. Deutschland werde an dritter Stelle versorgt werden, zuerst würden die verbündeten Länder berücksichtigt, dann die Neutralen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Über das Ziel der französischen Politik gegen Deutschland flücht allmählich verschiedene durch. Danach wünscht man in Frankreich die Verlegung des Schwerpunktes der deutschen Politik nach Süden, weshalb man dem Anschluß Deutsch-Österreich erst nach der Errichtung eines selbständigen Süddeutschlands und nur an dieses zustimmen will.

+ Ein Staatsmonopol für alle Schulbücher will der preussische Kultusminister Adolf Hoffmann einführen. Diese Bücher sollen unter Aufsicht des privaten Verlagsbuchhandels und der privaten Buchhandlungen von Staats wegen verlegt und gedruckt werden.

+ Das preussische Ministerium des Innern hat zur Vereinfachung überflüssiger Polizeiverordnungen die Provinzialbehörden angewiesen, sämtliche Polizeiverordnungen erneut auf ihre Zweckmäßigkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Alle Verordnungen und Bestimmungen, die nach einer dieser drei Richtungen Bedenken erwecken, insbesondere also auch die veralteten, sollen beseitigt werden. Diese Anordnung wird voraussichtlich die Aufhebung einer größeren Zahl von Polizeiverordnungen zur Folge haben.

+ Einen Protest gegen die Schließung des bayerischen Landtags erlassen die bürgerlichen bayerischen Parteien. Sie erwarten von der bayerischen Regierung bestimmt, daß die provisorische Regierung den verfassungswidrigen Versuch unternimmt, tiefgehende verfassungsrechtliche Handlungen einseitig vorzunehmen, zu denen die Mitwirkung der gesetzlichen Volksvertretung notwendig ist.

+ Mit der Lebensmittelzufuhr aus Posen hat sich der „Polnische Volksrat“ in Posen befaßt und einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in der es heißt: Um zu vermeiden, daß die Lebensmittelversorgung der großen Städte gefährdet wird, fordern wir alle zur Ablieferung sämtlicher Lebensmittel auf, bis wir Gegenteiliges fordern. Die Lieferungen sollen nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Großbritannien.

+ Über die verworrene Lage in Südosteuropa ist man in englischen Regierungskreisen der Ansicht, daß die Ententeeregierungen in Anbetracht der Streitigkeiten, welche überall in Südosteuropa zwischen den Nationalitäten ausgetragen werden, eine deutliche, wenn möglich aktive Politik hinsichtlich aller strittigen Gebiete führen müßten, weil sonst in diesen Gegenden Anarchie entstehen könne.

Amerika.

+ Admiral Taylor machte über die Seerüstung der Union im Marineauschuß interessante Mitteilungen. Er erklärte, daß im Juli 1920 die amerikanische Marine mehr als zweimal so viel Schiffe haben werde, als bei Beginn des Krieges. Der Hauptteil des Zuwachses werde auf Verstärker entfallen. Für 100 Verstärker seien jetzt die Aufträge vergeben und 240 würden während der nächsten 18 Monate gebaut werden. Der neue Dreadnought „Abago“ werde in ungefähr zwei Monaten in Auftrag gegeben werden. Andere, wie die „Tennessee“ und „California“, seien jetzt im Bau. Zwei andere würden im Sommer 1920 fertig sein. Das Programm verlange auch 29 Unterseeboote.

Rus-In- und Ausland.

Berlin, 23. Nov. Der Rat der Volkshauptkreditoren hat heute zur Beratung über das Reichswahlgesetz zusammengetreten.

Berlin, 23. Nov. Der preussische Justizminister Spahn hat seine Entlassung eingereicht. Seine Nachfolger werden Rosenfeld und Heine sein.

Berlin, 23. Nov. Der erste Zug mit den Mitglieðern unserer Generalkonsulate in Moskau und Petersburg ist hier eingetroffen.

München, 23. Nov. Dem verhafteten aber wieder freigelassenen General Krastt v. Delmeningen wird zum Vorwurf gemacht, daß er von der Derselbstung „und Divisionen über keine Verurteilung“ zur Unterdrückung der Revolution in München verlangt habe.

Bayern, 23. Nov. Der Landtagsabgeordnete Barth veranlaßt gegenwärtig an verschiedenen Orten der Lausitz Versammlungen unter dem Namen, in denen zur Gründung eines selbständigen Wendenslandes aufgerufen wird.

Dresden, 23. Nov. In einer Versammlung zahlreicher Offiziere wurde die Gründung eines „Sächsischen Offiziersbundes“ beschlossen, dessen Ziel in der Fürsorge für alle Heeresangehörigen und Witwen und Waisen der Gefallenen besteht.

Budapest, 23. Nov. Der ungarische katholische Episkopat richtete an den Ministerpräsidenten ein Schreiben, in dem er erklärt, daß die Kirche zur Bewirkung der demokratischen Verfassung ihren hierzu geeigneten Grundbesitz der Regierung zur Verfügung stelle.

London, 23. Nov. Der König hat die Proclamation zur Auflösung des Parlaments unterzeichnet.

Washington, 23. Nov. Die Wahlkampagne für General Verbing zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahre 1920 ist formell mit der Bildung eines republikanischen „Verbing-Bereins“ eröffnet worden.

Vom Tage.

Das Wahlgesetz für die Nationalversammlung.

Berlin, 27. Nov. Das Kabinett hat heute die sachlichen Grundzüge des Wahlgesetzes für die Nationalversammlung festgestellt. Wie vorauszusehen war, ist in dem Gesetzentwurf Vistenwahl nach Bezirken und die Verhältniswahl vorgezogen. Auf je 150 000 Wähler soll ein Abgeordneter kommen. Der Wahltermin ist noch nicht festgesetzt.

Wilson in Europa.

Amsterdam, 27. Nov. Präsident Wilson gedenkt über die Eröffnung der Friedenskonferenz und der Vorprozeduren hinaus etwa einen Monat in Europa zu bleiben. Eine bestimmte Frist ist noch nicht festgesetzt, indessen heißt es, der Präsident habe vor, innerhalb sechs Wochen nach seiner Abreise zurück zu sein. Er schiffte sich am 5. Dezember ein; mit ihm reisen die Vortragsredner Italiens und Frankreichs und die amerikanische Konferenzabordnung.

Das englische Heer.

Haag, 27. Nov. Das „Hollandsche Nieuws Büro“ meldet aus London: Das englische Kriegsamt gibt bekannt, daß die Friedensstärke im britischen Heer

Er strich sich hastig das Haar aus der Stirn — eine jugendlich unmutige Gebärde — und atmete auf, als sei ihm die Brust zu eng.

Sinnlos mit diesen quälenden Gedanken, sagte er sich selbst. Und dann fuhr er laut fort:

„Vielleicht hast du recht mit deinen Zweifeln und Bedenken, Gerlinde. Ähnliches habe ich auch schon oft denken müssen. Ich gestehe dir ganz offen, wenn ich geahnt hätte, wie seltsam dies neue heiße Gefühl mich wandelt — ich hätte vielleicht nicht gewagt, Josta an mich zu fesseln. Aber nun ist es geschehen, und ich muß warten, was mir das Schicksal bringt. Ich kann jetzt nicht von dieser Verlobung zurücktreten. Geschäfte es auch aus den edelsten, opferfreudigsten Gründen und nur im Bedacht auf Jostas Wohl — du weißt sehr gut, wie die Welt eine zurückgegangene Verlobung deutet, und daß leider die Frau immer am schlechtesten dabei abscheidet. Ich muß nun die Dinge gehen lassen. Und eins darfst du mir glauben — daß ich Jostas Glück stets über das meine stellen werde. Sollte ihr Herz einst für einen andern erwachen, ich selbst würde dann nur an sie denken und ihr mit allen Kräften helfen. Jetzt aber — jetzt ist ihr Herz noch frei — und ich kann nicht ohne die Hoffnung sein, daß es sich eines Tages mir zuwenden könnte. Ich danke dir jedenfalls für deine Ehrlichkeit und Offenheit, Gerlinde.“ Und daß ich dich so rückhaltlos in mein Herz blicken ließ, soll mein Dank dafür sein.“

Das sagte er, so ruhig er konnte. Und sein Herz war so schwer. Gerlinde hatte durch ihre Worte seine eigene Unsicherheit noch verstärkt. Er wußte, daß er nun Josta gegenüber noch viel unsicherer und zurückhaltender sein würde, als bisher, um sie nur ja nicht zu erschrecken. Wenn sie vor seiner Leidenschaft zurückbeugen würde in Angst und Schrecken, das würde er nicht ertragen können. Abwarten mußte er — abwarten, ob sie sich selbst zu ihm fand.

Gräfin Gerlinde hatte einen Sieg erfochten, größer, als sie selbst es ahnte. Die Mauer war ein gut Stück gewachsen. Aber sie sah doch düster vor sich hin, und ihr Herz suchte in tausend Qualen bei dem Gedanken seiner heißen, tiefen Liebe zu Josta. Aufschreien hätte sie mögen im wahnwitzigen Schmerz und mußte doch still und ruhig schweigen.

nach weiter erhöht werden müsse. Die Stärke des Heeres von vor dem Kriege genüge zur Aufrechterhaltung der Garnison und des Kolonialheeres nicht. Es sei deshalb beschlossen worden, die Männer von 19-35 Jahren auf neue für die Dienstzeit auf 2, 3 oder 4 Jahre zu verpflichten.

Ein englisches Urteil über den Krieg.

Berlin, 26. Nov. (Tel.-Union.) Der Führer der vierten Staffel der nach England gesandten deutschen Unterseeboote berichtet unter anderem folgendes: Zwei der englischen Unterseebootkommandanten äußerten, daß für England infolge des Kohlenmangels und anderer Schwierigkeiten der Krieg nach etwa zwei Monaten, also im Januar 1919, nicht mehr hätte weitergeführt werden können.

Vertreter der Alliierten in Berlin.

Berlin, 26. Nov. Über die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission vom 24. d. Mts. wird noch gemeldet: Zur beschleunigten Regelung der Gefangenentrage luden die deutschen Vertreter die Vertreter der Alliierten zu Besprechungen nach Berlin ein. Die Einladung wurde angenommen. Vertreter Frankreichs, Englands und Amerikas sollen in einigen Tagen in Berlin eintreffen. Der französische Vertreter wird vorher in Spa mit den Gefangenekommissionen Fühlung nehmen.

Der Reichstag besteht nicht mehr!

Berlin, 26. Nov. Die von anderer Seite veröffentlichte Mitteilung, daß die Reichsregierung den Reichstagspräsidenten Fehrenbach ersucht habe, sofort den Reichstag einzuberufen, entspricht nicht den Tatsachen. Die Regierung vertritt vielmehr den Standpunkt, daß der Reichstag als gesetzgebende Körperschaft nicht mehr besteht.

Heeresgruppe Madensen gegen Volschewitsch.

Berlin, 26. Nov. Vom Oberkommando Scholz ging ein Rundschreiben an den Soldatenrat Berlin hier ein, der meldet, daß sich aus den einzelnen Truppenteilen der Armee Madensen ein Zentral-Soldatenrat für die Südost-Front gebildet habe. Die Soldatenräte der Armee Madensen stehen auf dem Boden der neuen Regierung, verurteilen aber jede radikale Bewegung für bolschewistische Ideen. — Bei der Heeresgruppe Madensen befinden sich auch die Truppen der 11. Armee und die aus der Türkei heimkehrenden Soldaten einschließlich der 15. Landwehr-Division.

Vom Rückzug der vierten Armee.

Düsseldorf, 26. Nov. Es sind in letzter Formation etwa 35.000 Mann durchziehender Truppen der 4. Armee in diesen Tagen zu erwarten, die übermiegend über Romberg-Ruhrort-Neidlich-Oberhausen marschieren werden. Die übrigen Teile der 500.000 Mann starken 4. Armee werden über Düsseldorf auf die Hauptstrassen geleitet. Das Ziel ist Westfalen, wo die Armee sich verteilt und demobilisiert.

Die Räumung Nachens.

Ahn, 26. Nov. Die nach der Kölnischen Volkszeitung von ausländischer Seite mitgeteilt wird, werden die letzten deutschen Truppen morgen Nachen verlassen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bleiben bis zum letzten Augenblicke die familiären Waffen mit den nötigen Munition in Bereitschaft. Unterdessen wagt sich der ungeheure Strom der zurückziehenden Truppen durch die rheinischen Städte und die Eisenbahnen, überall musterhafte Ordnung bewahrend.

Gefechte zwischen Deutschen und Rumänen.

Budapest, 26. Nov. Die rumänische Armee wird die 26 Komitate, auf die Rumänen Anspruch zu haben erklärt, mit Zustimmung der Entente besetzen. Der Vormarsch hat bereits begonnen. Er stößt jedoch auf Schwierigkeiten, da die Madensen-Armee mit 18.000 Mann die vordringenden Rumänen aufhält. Es haben bereits Gefechte zwischen rumänischen und deutschen Truppen stattgefunden.

Rumänen will Siebenbürgen erobern.

Budapest, 26. Nov. Aus Klausenburg wird gemeldet, der König von Rumänien habe seine Truppen zur Eroberung Siebenbürgens aufgeföhrt. Die Mobilisierung der ganzen Armee sei im Zuge.

Französische Angriffe gegen Hoch.

Genf, 26. Nov. In Frankreich werden heftige Angriffe gegen Marshall Hoch laut, weil er die Frage der Demobilisierung nicht lösen könne und die Angelegenheit durch allerlei Vorwände verzögere.

Glässische Kohlen für Italien.

Triest, 26. Nov. Italien hat von Frankreich glässische Kohle erhalten. (Wohl aus dem Saarrevier.) Wie es heißt, soll Italien 100.000 Tonnen erhalten.

Auch der Gedanke vermochte sie jetzt nicht zu trösten, daß sie qualende Unruhe in Rainers Herz gestreut hatte. Daß dies geschehen war, wußte sie. Sie kannte ihn zu gut und vermochte in seiner Seele zu lesen, wie in einem ausgeschlagenen Buche.

Graf Rainer war nun die Luft vergangen, mit ihr weiter zu plaudern. Eine Weile qualte sich die Unterhaltung zwischen ihnen noch weiter. Aber dann verabschiedete sich der Graf und zog sich in den Ostflügel zurück.

Und die Gräfin ging noch einmal wie abschiednehmend durch ihr Zimmer. Morgen Abend würde sie zum ersten Male im Witwenhaus zur Ruhe gehen. Wie ausgestoßen und verbannt kam sie sich vor. Und der Saal und die Eifersucht gegen Josta erstarrten ihr fast das Herz. Wie bald würde sie hier in diesen Räumen ihren Einzug halten als Herrin.

Aber — glücklich sollte sie hier nicht werden. Gräfin Gerlindes Wünsche füllten all diese Räume mit wilden Nachgedanken. Nur eins gab es, daß Josta vor ihrer Nache schützen konnte — wenn sie freiwillig auf Rainer verzichtete, wenn sie ihr Herz einem anderen schenkte.

Jostas Hochzeitstag war herangekommen. Sie hatte diesem mit heimlichem Gange und doch mit schwerer Sehnsucht entgegen gesehen.

Rainers Bild stand jetzt auf ihrem Schreibtisch, und wenn sie jetzt in ihr Tagebuch schrieb, dann sah sie wieder und wieder in sein Gesicht, und ihr war, als beichte sie ihm alles das, was sie in ihr Tagebuch niederschrieb.

Wenn ich einmal vor ihm sterben sollte, dann soll er dies Tagebuch lesen, dann soll er wissen, wie sehr ich ihn geliebt habe, denn dann brauche ich mich meiner Liebe nicht zu schämen."

So schrieb sie am Tage vor ihrer Hochzeit in das Buch.

Und als nun ihr Koffer für die Hochzeitsreise gepackt wurde, da legte sie ihr Tagebuch und Rainers Bild in ein Kästchen und barg es zuletzt in ihrem Koffer. Sie wollte sich auf dieser Reise nicht davon trennen.

(Fortsetzung folgt.)

Skandal in der italienischen Kammer.

Triest, 26. Nov. In der italienischen Kammer kam es zu den heftigsten Ständalken. Den Anlaß dazu boten von den sozialistischen Parteien gegen die Sozialisten geleiteten Beschuldigungen. Diese protestierten mit großer Entrüstung unter unbeschreiblichem Lärm.

General Verbing amerikanischer Präsidentschaftskandidat.

Columbus (Ohio), 26. Nov. In Ohio wurde amtlich der Wahlkampf für die Wahl des General Verbing, des kommandierenden Generals der Armee in Europa, zum Präsidentsenden der Vereinigten Staaten für das Jahr 1920 eröffnet.

Änderung in der Wiener deutschen Gesandtschaft.

Wien, 26. Nov. Es wird angenommen, daß Veränderungen bei der hiesigen deutschen Vertretung bevorstehen. Man glaubt aber, daß der bisherige Botschafter Graf Wedel bleiben werde.

Der Deserteur Miguel von Braganza.

Lissabon, 26. Nov. Derzog Miguel von Braganza, der in der kaiserlichen Armee die Stelle eines Feldmarschallleutnants bekleidete, wurde in Lissabon verhaftet und als Deserteur ausgeliefert.

Die Hamburger Wertpapierbörse gekündigt.

Hamburg, 26. Nov. Der Vorstand der Wertpapierbörse hat den Antrag auf Schließung der Börse, nachdem Berlin und Frankfurt a. M. nicht zustimmen, ebenfalls abgelehnt.

Zusammenstöße wegen der Bahnen in Kassel.

Kassel, 26. Nov. Der Zentral-Verein warnt in einem Aufruf angelegentlich vor Vorfällen vor Verleumdungen der roten Fahne, die unabsichtlich geahndet werden müßten. In den Aufruf wird berichtet, daß drei Offiziere von einem Triumphbogen heute früh zwei rote Fahnen herabließen, um sie zu vernichten. Einer der Offiziere, Leutnant Sträger, schoß auf herbeieilende Wachmannschaften, worauf er selbst tödlich verletzt wurde, ein Rittmeister Kroska und der dritte Offizier wurden verwundet.

Kohlennot und Streiks.

Bergarbeiterstreiks. — Folgen des Kohlenmangels. Große Arbeitskürzungen in Berlin.

Berlin, 26. November.

Aus Rastatt und Hindenburg wird berichtet, daß die Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien größtenteils beendet seien. Im Auslande befinden sich noch die Belegschaften der Debrich-Schächte bei Ratow und der Rudowig-Schächte bei Rastatt sowie der Annuwer-Grube; die Einigungsverhandlungen werden jedoch auf diesen Gruben fortgesetzt.

Die polnischen Bergleute verlangten, daß der Tageslohn von 25 Mark, der sich bisher auf den Neunstundentag bezog, nunmehr für sechs Stunden bezahlt werde. Es hat sich aber gezeigt, daß es sich diesen Grubenarbeitern nicht nur um die Erhöhung der Bezahlung handelt, sondern es dreht sich in Oberschlesien um politische Motive, um eine von den Polen (auch von der polnischen Aristokratie) ausgehende Agitation gegen die Arbeit in den deutschen Zechen. Verschärft wird die Lage dadurch, daß die Bergleute, die der Entente armee entkommen, den Verträgen gemäß unverzüglich entlassen werden müssen; aber auch die russischen Arbeiter, die frei erklärt worden waren, verlangen die De-mobilisierung.

In Rheinland und Westfalen haben die Streiks der Bergarbeiter bedeutend an Umfang zugenommen. Die Bergarbeiter betragt gegenwärtig 10.000—11.000 Waggons gegen eine normale Bergarbeiter von 24.000 Waggons im Kriege und 32.000 Waggons im Frieden.

In Dresden verkehren infolge des Kohlenmangels in den städtischen Elektrizitätswerken die Straßenbahnen bis auf weiteres an allen Werktagen nur noch bis 3 Uhr nachmittags. An Sonntagen wird der Verkehr wie bisher aufrechterhalten. Die Verordnung bezieht sich nicht auf die staatlichen Vorortbahnen.

In Berlin haben die Verhandlungen der Kohlenstelle Groß-Berlin mit den Vertretern des Ministeriums des Innern, des Kriegsministeriums, des Reichsanwalts, der Kommunen, sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die erforderlichen Einschränkungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Groß-Berliner Gas- und Elektrizitätsversorgung noch nicht zu endgültigen Entscheidungen geführt. Als weitere Schonende Maßnahmen für die Bevölkerung sollen dem Kohlenverband die Verteilung der Kohle auf 10½ Uhr, die Öffnung der Verkaufsstellen mit Ausnahme der Lebensmittel- und Rohstoffhandlungen nicht vor 9 Uhr vormittags und deren Schluß um 5 Uhr nachmittags empfohlen werden. Ferner kommen die Einschränkungen der Straßenbeleuchtung und der Luxusbekleidung in den Privatwohnungen, Restaurants und Vergnügungsorten in Betracht. Wegen der Gasversorgung machte sich eine starke Opposition bemerkbar, da diese Maßregel unter Umständen die Volkswirtschaften und andere wichtige Betriebe gefährden kann. Von einer Einschränkung des nächtlichen Straßen- und Stadtbahnbetriebes wird im Interesse der Nachtarbeiter auf allen Gebieten abgesehen. Geplant ist ferner, den Unterricht in den Schulen erst um 8½ Uhr vormittags beginnen zu lassen.

Wie der Vorsitzende des Vollzugsrats des NSD in einer Sitzung vom 26. November bekanntgab, sind große Arbeitskürzungen in Groß-Berlin eingetreten und werden zu erwarten. Der Grund ist in den wachsenden Gegensätzen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern zu suchen. Die in Frage kommenden Unternehmer haben ihre in den ersten Tagen der Revolution gemachten Zugeständnisse zum großen Teil zurückgezogen. Der Umwandlung der Arbeiter in Lohnarbeiter und der Verkürzung der Arbeitszeit wird der größte Widerstand entgegenge-setzt. Die Arbeiterschaft der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Berlin-Mariensfelde befindet sich seit vier Tagen im Streik. Mit den Arbeitern — etwa 2000 — haben auch die Beamten der Gesellschaft ihre Tätigkeit niedergelegt, so daß der gesamte Betrieb stillsteht. Die Arbeiter verlangen Abschaffung der Alfordlöhne, an deren Stelle angemessene Tageslöhne treten soll. Die Angestellten fordern dementsprechende Revision ihrer Gehälter. Bei der Firma Siemens u. Halske in Berlin fand ähnliche Arbeiterbewegungen im Gange. Die Arbeiterschaft zahlreicher Berliner Großbetriebe dürfte diesem Beispiel demütlich in den nächsten Tagen folgen.

Volkswirtschaft.

* Eine „Kleinst-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H.“ in Hamburg gegründet worden, um lebendes Vieh, Getreide und Fleischkonserven aus überseeischen Produktionsländern nach Deutschland einzuführen. Die Hamburg-Amerika-Linie, die Großenhans-Gesellschaft der Deutschen Konsumvereine und der Konsum-Ver- und Sparvereine Produktion in Hamburg sind an der Gründung beteiligt.

* Mit Rücksicht auf die Lage der Kartoffel- und Getreideversorgung hat der Staatssekretär des Reichs Ernährungsamts die Bundesregierungen ersucht, anzuordnen, daß die Land-

schaffungen bis zum 31. Dezember 1918 beendet sein müssen, und nur in besonderen Ausnahmefällen eine Verlängerung des Termins zuzulassen. Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen ohne Genehmigung befindlichen schlacht-fähigen Schweine sind, abgesehen von den Zucht-schweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, nach dem noch nicht abgenommenen Vertragsschweinen, möglichst ohne Verzug zur Erfüllung der Schlachtviehumlage heranzuziehen.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 28. November 1918.

* Sein 25jähriges Dienstjubiläum feiert heute Herr Gasinspektor August Rohrmann.

* Wir werden gebeten, auch an dieser Stelle auf die heute abend im „Rassauer Hof“ stattfindende Versammlung aufmerksam zu machen, in der ein hiesiges Vereinsmitglied über „Unsere nächsten Aufgaben und Forderungen“ sprechen wird, während Herr Pfeiffer, Behtar das Thema „Demokratische und soziale Republik“ behandeln wird. Es ergeht nochmals herzliche Einladung an alle demokratisch und liberal denkenden Männer und Frauen zu zahlreichem Besuch.

* Zum Zwecke der Wahl eines Bürgerrates wird von einem Bürgerausschuß für nächsten Samstag, abends 8½ Uhr, zu einer Versammlung in den „Rassauer Hof“ eingeladen. Bei der Wichtigkeit, die einem Bürgerat in der Zeit der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zukommt, darf auf allgemeines Interesse gerechnet und der Versammlung ein stattlicher Besuch in Aussicht gestellt werden.

* (Die Haus-schlachtungen.) Mit Rücksicht auf die Lage der Kartoffel- und Getreideversorgung hat der Staatssekretär des Reichs Ernährungsamts die Bundesregierungen ersucht, anzuordnen, daß die Haus-schlachtungen bis zum 31. Dezember 1918 beendet sein müssen und nur in besonderen Ausnahmefällen eine Verlängerung des Termins zuzulassen. Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen ohne Genehmigung befindlichen schlachtfähigen Schweine sind, abgesehen von den Zucht-schweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und von noch nicht abgenommenen Vertragsschweinen, baldmöglichst ohne Verzug zur Erfüllung von Schlachtviehumlage hinzuzuziehen.

* Der Preiskurz in Lebensmitteln, der in neutralen Ländern einsetzte, macht sich auch bei uns fühlbar. Der plötzliche Waffenstillstand hat manchen Lebensmittelschleier unangenehm überrascht. Schon anfangs dieses Monats setzte in Holland der Preisrückgang ein. Butter, die dort früher 15 Mark kostete, wird heute bereits das Pfund zu 6 Mark angeboten. Eier, für die sonst auch dort bis zu 1 Mark gezahlt wurden, kann man jetzt schon zu 56 Pfg. haben. An der Grenze konnte man Salat für 8,40 M., das Alter kaufen, während sonst 36 Mark gefordert wurden. Stäbchen kostet 84 Pfg. Bezeichnend ist es auch, daß in Holland plötzlich wieder Margarine, Mehl, Stärke, Kaffee, Tee, Zucker, Bonbons zu haben sind, und alles viel billiger als früher. Auch Tee fiel um den dritten Teil des früheren Preises. Dadurch, daß der Gewinn aus dem Schleichhandel nun klein ist, wird er bald aufhören, denn das Geschäft ist nicht mehr recht lohnend, umso mehr Nahrungsmittel werden für die öffentliche Bewirtschaftung frei, wodurch eine nicht unbedeutende Erhöhung der Rationen möglich wird. Es kann deshalb nicht oft genug daran erinnert werden, nichts mehr „Hintenherum“ zu kaufen. Hört das auf, dann gibt es „Vornherum“ genügend Lebensmittel zu gesunden Preisen. Es liegt also an den Verbrauchern, die Schleichhändler-schiffahrt auszurotten.

* (Die Gefahren der Verlausung.) Auf die Gefahren der Verlausung weist ein Merkblatt hin, welches das städt. Generalkommando im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium zur Kenntnis der Truppen und Behörden bringt. Auch unsere Truppen an der Westfront sind leider stark verlaust. Jeder, der im Felde war, kennt die Qualen, die die Läuse verursachen und weiß, wie schnell und unheimlich sie den gefährlichen Flecktyphus verbreiten. Wer daher seine Angehörigen, Hausgenossen und Mitmenschen vor dieser Plage und vor der meist tödlichen Krankheit bewahren will, der lasse sich entlausen. Sind die Läuse erst einmal in die Wohnung gelangt, so lassen sie sich daraus gar nicht oder nur mit Unannehmlichkeiten, Kosten und Schaden für Hausrat und Wohnung entfernen. Auskunft über Entlausungsmöglichkeiten erteilen die Reservelazarette, Bahnpostkommandanturen, Bezirkskommandos und Meldeämter.

Behtar, 28. Nov. Das Landsturm-Bataillon Behtar, in Stärke von 430 Mann, wird heute nachmittag hier zurückerwartet.

Sahn. Im hiesigen Schlosshofe brachten Kinder ein Benzinfäß, das von einem Kraftwagen dort abgeladen war, zur Explosion. Hierbei wurden vier Jungen auf der Stelle getötet, mehrere andere schwer verletzt.

Bad-Em. Zu dem am Sonntag hier — wie schon gemeldet — zusammentretenden Allgemeinen Vertretertag des Heeres erscheinen auf Einladung des Vollzugsausschusses der Obersten Heeresleitung Vertreter aller Heeresgruppen und Generalkommandos. Die Tagung nimmt Stellung zur Neugestaltung der Dinge im Reich.

Soden a. T. Der A- und S-Nat hat an den Nat der Volkswirtschaften in Berlin eine Drachung gesandt, in der er unter Hinweis auf den Ort als Heilbad für kranke Soldaten bittet, beim feindlichen Oberkommando dahin zu wirken, daß von einer feindlichen Besetzung Abstand genommen wird. Dem Vernehmen nach soll Soden, das 2600 Einwohner zählt, mit 200 Mann besetzt werden.

— Wie in Hamburg, so wurden auch hier die Einrichtungen gegenstände der hiesigen Wirtenschaft des Gr. Hauptquartiers versteigert. Der Verkauf geschah aber

durch den A- und S-Rat gewissermaßen unter Aufsicht der Öffentlichkeit. Die Eingeweihten erhielten infolgedessen Möbel und Gebrauchsgegenstände zu solchen unerhöht billigen Preisen, wie sie selbst im allerbilligsten Laden im größten Schleudergeschäft nicht abzufragen waren.

Bad Homburg. Nach Mitteilungen des Oberbefehlshabers A- und S-Rates wurden bei der Sichtung der Vorräte des Großen Hauptquartiers u. a. dort aufgefunden: 155 Waggons Kohlen, 600 Zentner Speck, 34 Zentner Butter und große Mengen feinsten Konferven. Die Lebensmittel sollen den zurückkommenden Truppen zugewiesen werden.

Hochheim a. M. Hier stürzte ein zehnjähriges Mädchen von einem durchfahrenden Militärauto ab und wurde auf der Stelle getötet.

Frankfurt a. M. Das Generalkommando des 18. Armee-Korps wird vorläufig seinen Sitz nicht wieder in Frankfurt nehmen, sondern in Bad Nauheim. Das Stellw. Generalkommando des 18. A.-K. dürfte demnächst aufgelöst werden. Das Inf.-Regt. 81 wird nach Braunfels bezogen. Mehlar verlegt, das Feldartillerie-Regt. 63 nach Schlachten bezogen. Steinau. Das hiesige Kommando der Luftstreitkräfte erhält seinen Standort in Bad Nauheim. Die Verlegungen sind notwendig, da Frankfurt in die vom Militär zu räumende Neutralitätszone fällt.

Aus Ortenburg (Oberh.) wird gemeldet: In der Nacht zum Samstag hieß der hiesige A- und S-Rat ein das Schild des A- und S-Rates Frankfurt a. M. führendes Auto an, das anscheinend auf der Hanserstraße begriffen war oder Schleichhandelsware abholen sollte. Der Wagen wurde von einem Fahrer gelenkt, der ebenfalls einen Ausweis des dortigen A- und S-Rates bei sich führte. Außerdem saßen im Auto ein Matrose und eine junge Dame. 60 Pfund Roggen, die die Frankfurter A- und S-Räte mit sich führten, wurden beschlagnahmt. — Et! Et! Wenn das am grünen Holz geschieht, ...!

Neu-Isenburg. Bei dem Durchzug einer Kraftwagenkolonne hängte sich ein junger Bursche an ein Auto. Er stürzte ab und wurde von einem der nachfolgenden Autos mitgeführt.

Werra. Der Betrieb der Gasanstalt mußte infolge mangelnder Kohlenzufuhr stillgelegt werden.

O Demobilisierung bei der Post. Um eine pflöckliche und gleichzeitige Entlassung zahlreicher Ausbilskräfte zu vermeiden, hat die Reichspostverwaltung angeordnet, daß nach der Rückkehr des Personal aus dem Wehrdienst zunächst Arbeiten wieder in Angriff zu nehmen sind, die während des Krieges wegen Mangels an Beamten zurückgestellt werden mußten. Beamte und Ausbilskräfte, die im laufenden Rechnungsjahre noch keinen Erholungsurlaub gehabt haben, sollen beurlaubt werden. Die Oberpostdirektionen sind ermächtigt worden, Beamten und Unterbeamten Urlaub bis zu vier Wochen ev. auch ohne ärztliches Zeugnis zu erteilen.

O Verbot der Veräußerung von Eigentum der Militärverwaltung. Es wird darauf hingewiesen, daß Eigentum der Wehrverwaltung, wie Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke, Waffen und Munition, Pferde, Automobile usw., ohne Genehmigung der zuständigen Stelle von Militärpersonen weder veräußert noch preisgegeben werden dürfen. Nach den in Kraft gebliebenen gesetzlichen Bestimmungen machen sich Zuwiderhandelnde schwer strafbar. Auch Ankäufer solcher unrechtmäßig veräußerten Gegenstände werden wegen Begünstigung, Hehlerei und Betrug strafrechtlich verfolgt. (§§ 257 bis 263 des Reichsstrafgesetzbuchs.)

O Republikanische Soldatenwehr. Die Soldatenwehr, die auf Veranlassung der Kommandantur in Berlin zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und zur Aufrechterhaltung der Errungenschaften der Revolution in der Bildung begriffen ist, soll eine Gesamtstärke von 10 000 Mann erhalten. Sie besteht in der Hauptsache aus jungen Truppen, die kurz vor ihrer Entsendung ins Feld standen und jetzt sich aus Angehörigen der verschiedenen Berliner Regimenter zusammen. Den Grundstock bildet das Alexander-Regiment. Es handelt sich also nicht um eine Bürgerwehr, sondern um eine Soldatenwehr.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Regelung der Fleischversorgung.

Das für diese Woche zugewiesene Fleisch wird am Samstag, den 30. November, nachmittags von 1—5 Uhr durch die hiesigen Metzger verkauft.

Verkauf von Fleisch außer der oben angegebenen Zeit ist verboten. Der Verkauf findet nur gegen Vorlage der Fleischkarte statt, von welcher von den Metzgern die Marken abzutrennen sind.

Ueber alles Fleisch und Fleischwaren, welche bis 6 Uhr nicht abgeholt sind, wird anderweitig verfügt.

Die Höchstpreise sind:

Kalbsteck ... das Pfund 1,70 M.

Rindfleisch ... das Pfund 2,40 M.

Herborn, den 28. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Holzsubmissionsverkauf.

Stadtwald Herborn, Dillkreis.

Im Wege des schriftlichen Angebots sollen aus dem Einslag 19/8/19 verkauft werden etwa:

50 Fhm. Kiefernstämmen von 25—30 cm Durchm.

27 " " " über 30 " "

Gute Abfuhr nach Bahnhof Herborn. — Angebote mit Aufschrift „Holzverkauf“ bis 15. Dezember an den Magistrat Herborn, von wo auch die Bedingungen zu beziehen sind.

Herborn, den 27. November 1918.

Der Magistrat: Birkendahl.

Die letzte Auszahlung der Reichsfamilienunterstützungen für November erfolgt Freitag, den 29. ds. Mts., vormittags von 8^{1/2} bis 12^{1/2}, nachmittags von 2—4 Uhr.

Herborn, den 26. November 1918.

Die Stadtkasse.

Bekanntmachung

Das unbefugte Betreten der Quartiere, in welchem Militär untergebracht ist, wird hiermit strengstens verboten.

Herborn, den 28. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Lichtspieltheater Herborn.

(Saalbau Meßler)

Donnerstag, den 28. und Freitag, den 29. November, abends 8 Uhr:

In die Wolken verfolgt.

Fliegerdrama in 5 Akten.

Christa Hartungen.

Drama mit Henry Porten in 4 Akten.

Die Narbe am Knie.

Luftspiel in 3 Akten von Hedda Vernon.

Die Kühen-Juno.

Luftspiel in 2 Akten.

Nur für Wiederverkäufer!

Lagerbesuch in:

Glas, Porzellan, Kurz-, Spiel-,

Emaille-, Blech- und Korb-

waren, Leiterwagen, Kerzen,

Putztücher, Zwirn gegen Bezugsschein

zum bevorstehenden Weihnachtsfeste lohnend.

Albert Rosenthal, Nassau a. d. Lahn!

Vanillezucker la.,

Kirschhornsalz,

Backpulver,

Bunten Streuzucker

empfiehlt

Drogerie A. Doeindl.

Zu verkaufen:

1 Paterna magica mit Bildern,
1 Wandkranh u. Zubehörsätze 3.
Photographie, Bilder (Ergänz.).
1. Knaben u. Mädchen, 1. Legikon,
Brehms Tierleben, das Buch d.
Erfindungen für Gewerbe und
Industrie) 1 Paar f. Schlittschuhe,
1 Plüschhosen f. Krage etc.,
1 schwarzer Mantel u. Krage, 2
schwarze Herrenhüte u. 1 Zylinderhut,
schwarze u. weiße Herren-
glacehandschuhe, 1 Kaschisch, 1
Käfig mit Ständer, 1 Selbstthor
(Kochkiste), 1 Geflügelgange, halb-
lange Pfeifen, Christbaumschmuck
Kaiserstr. 20.

Kosmetol-Creme

vorzüglich für Gesicht und
Hautpflege empfiehlt

Drogerie A. Doeindl.

Jagdhund,

ein halb Jahr alt, zu ver-
kaufen. Näheres in der
Geschäftsst. ds. Bl.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den höchsten Tages-
preisen. Unfälle werden
schnell erledigt. Zahle hohe
Prov. für Vermittelung.

J. Schwarz, Siegen,
Leystraße 3. Telefon 361.

Gefunden:

1 Damenhandschuh.
Die Polizei-Verwaltung.

Evang. Kirchenchor.

Freitag abend 8^{1/2} Uhr:

Gesangsprobe.

Sämtliche Sänger.

Kirchliche Nachrichten.

Donnerstag, den 28. Nov.

abends 1^{1/2} Uhr:

Bibelstunde i. d. Aula.

Wahl eines Bürgerrats

Zum Zwecke der
werden die Bürger Herborns zu einer am Samstag, den
30. November 1918, abends 8^{1/2} Uhr im Saale des
„Nassauer Hof“ stattfindenden

grossen Versammlung

dringend eingeladen.

Der Bürgerausschuß:

D. Haufen, Professor. E. Schumann Jr., Metzgermeister.
W. Heckenroth, Schreinermeister. Th. Arnold, Lehrer.
A. Prenzel, Architekt. A. Mayer, Amtsgerichtssekretär.

Empfehle für Landwirte und Fuhrwerksbesitzer:

prima Saffalbe in 1 Kilogr.-Büchsen,

prima Leder- u. Wagenfett in 3 u. 5 Kilogr.-Büchsen.

Wagen-, Maschinen- und Motoröl
in kleinen und größeren Kannen,

sowie:
prima „Imalin“-Schuherem in 1/2 Kilogr.-Büchsen.

Die Ware ist sofort greifbar.

Karl Färber, Herborn

Telefon 216. Schmalter Weg 7.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme bei dem Heimgange unseres lieben
Kindes sagen wir allen innigen Dank. Ins-
besondere danken wir Herrn Pfarrer Weber
für die trostreichen Worte am Grabe, der
Schwester Alara für die liebevolle Pflege
während der Krankheit und allen denen, die
es zur lehen Ruhe geleiteten.

Hörbach, den 28. November 1918.

Familie Otto Pfeiffer.

Todesanzeige.

Gestern Abend entschlief sanft nach schwerem Leiden unser
innigstgeliebter, einziger, hoffnungsvoller Sohn, unser guter Bruder,
Schwager und Onkel

Herr Lehrer Paul Müller

im 26. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

August Müller und Frau

Berta, geb. Weis,

Familie Fritz Buhweiler,

Familie Lehrer Weber.

Seilhofen, Haiern, den 28. Nov. 1918.

Die Beerdigung findet statt: Samstag, den 30. November, nachmittags 1^{1/2} Uhr.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hin-
scheiden unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen innigen Dank.
Besonders danken wir dem Herrn Pfarrer Weber für die trost-
reichen Worte am Grabe, der Schwester Alara für die liebevolle
Pflege, der Gemeindevertretung und dem Kriegerverein, dem Herrn
Bürgermeister für die ehrende Anerkennung am Grabe. Allen noch-
mals unseren herzlichen Dank.

Hörbach, Herborn, den 28. November 1918.

Familie Heinrich Wilhelm Paulus,

Familie Wilhelm Meßler.